

## Staat, Stadt, Stiftungen – einige Reflexionen und Thesen

### Ausgangsthese:

Wir haben in Deutschland ein *traditionell einstellungsbedingtes* Loch in der Finanzierung öffentlich gesellschaftlicher Aufgaben, weil die Steuereinnahmen nicht reichen (oder auch zum Teil falsch eingesetzt werden), um bestimmte Aufgaben im sozialen, kulturellen, gesellschaftlichen Bereich zu erfüllen und auf der anderen Seite die Bereitschaft, über Stiftungen und Spenden privat zu finanzieren, insgesamt noch zu gering ist !

Wichtig dabei: Es geht nicht um ein Schlechtreden oder Diffamieren derer, die bereit sind, was zu tun, sondern Initiieren eines Diskussionsprozesses, um gemeinsam noch besser zu werden !

Und natürlich: Es ist ein Stück weit berufsbedingtes Leiden an dem Umstand, dass wir viele Dinge nicht machen können, obwohl an Geld in diesem Land kein Mangel herrscht !

Womit haben wir es also zu tun? Einerseits

- einen unbestrittenen Investitionsstau in Deutschland (Siemens Research Institut) von 440 Mrd. € (Verkehrsinfrastruktur, Bildungsinfrastruktur usw.),
- davon 130 Mrd. € in den Kommunen, davon geschätzt ca. 2 Mrd. € in Nürnberg bis 2026
- gleichzeitig eine kommunale Investitionsquote mit historisch niedrigem Niveau bei kommunalem Haushaltsüberschuss von 1,8 Mrd. €, der aber nicht ausreicht, die Investitionen in den deutschen Kommunen zu finanzieren !

und andererseits

- ca. 2 Bill. € Staatsverschuldung von Bund, Länder und Kommunen,
- davon ca. 1,3 – 1,7 Mrd. € (je nach Blickwinkel) in Nürnberg und
- eine aus europäischer Schuldenkrise folgende starke Stigmatisierung öffentlicher Schulden

Das bedeutet eine eingeschränkte Handlungsfähigkeit öffentlicher Haushalte, insbesondere in Krisenländern wie Nordrhein-Westfalen, wo kommunale Investitionen in vielen Städten haushaltsrechtlich nicht mehr möglich sind.

Und wir haben unübersehbare öffentliche Bedarfe wie den Ausbau der Kinderbetreuung und der Ganztageschulen. Warum ? Es gibt viele bekannte Gründe, einer könnte sein, dass jeder 4. Junge in Deutschland funktionaler Analphabet ist !

Deshalb stecken wir in Nürnberg in den nächsten Jahren über 400 Mio. € in Schulen und über 100 Mio. € in Horte/Kinderkrippen. Und wir zahlen pro Jahr 97 Mio. € für Zuschüsse an freie Träger von Kindereinrichtungen. Wir geben aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen jährlich über 70 Mio. € für Hilfen von Kindern, Jugendlichen und Familien aus.

Aktuell können wir das alles bezahlen, aber beim Investitionsstau wird es schon schwieriger. Was tun ?

Ich sehe drei Lösungswege:

- Die vielbeschworene Umstrukturierung öffentlicher Ausgaben – diese ist aber nicht so leicht wie öffentlich häufig behauptet, sonst wäre sie schon umgesetzt !
- Mittelbereitstellung über Steuererhöhungen
- Private Finanzierung über Stiftungen/Spenden usw.

Eine naheliegende Lösung wäre: mehr Mittel ist gleich Steuergelder bereitstellen, um diese gesellschaftlichen Aufgaben zu lösen ! Und meine These: es wäre möglich ! Warum ?

- Letzte Woche haben die Medien gemeldet: privates Vermögen in Deutschland steigt stark an auf 10 Bill. € gesamt, davon knapp 5 Bill. € Geldvermögen
- Unsere Steuerquote liegt mit einem aktuellen Wert von knapp 23 % im Mittelfeld der westlichen Industriestaaten ! Wir sind längst kein Hochsteuerland mehr.
- Auch die Staatsquote liegt mit 45,6 % eher im Mittelfeld, vor uns Länder wie Skandinavien und Österreich, hinter uns Staaten, mit deren Infrastruktur wir nicht tauschen wollten.

Eine Anhebung der Staatsquote auf 50 % würde uns 100 Mrd. € bringen. Dieser Weg ist uns als Gesellschaft weitgehend versperrt. Warum ?

Im neuen Bundestag haben die drei Parteien, die Steuererhöhungen zur besseren Finanzierung öffentlicher Aufgaben durchsetzen wollten, zwar nominell die Mehrheit, sind aber aus anderen Gründen nicht in der Lage eine Mehrheitsregierung zu bilden. Eine breite Mehrheit der bürgerlichen Mitte, die eine nennenswerte Politik zur Erhöhung der öffentlichen Einnahmen macht, ist undenkbar. Was sind die Gründe ?

- Breite Schichten der Mitte sehen es so, dass der Staat schon genug Geld absorbiert, in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen sind weitere Abgaben schwer vorstellbar.
- Bereits jetzt erbringt das obere Zehntel 50 % der Einkommensteuereinnahmen und wehrt sich verständlicherweise gegen weitere Erhöhungen.
- Wir haben internationalen Steuerwettbewerb, der Abwanderungen von Unternehmen wahrscheinlich machen würde.
- Auch eine höhere Besteuerung von Vermögen und Erbschaften besitzt keine breite Akzeptanz in der Mitte, obwohl
  - Steuern aus Vermögen in Deutschland mit einem Anteil von 5,6 % eher unbedeutend sind (USA über 12 %)
  - die Erbschaftssteuer mit einem Aufkommen von ca. 4 Mrd. € einen Anteil am Steueraufkommen von 1 % hat. Die Steuerquote liegt damit bei ca. 1,5 % bei einer Größenordnung von 260 Mrd. € pro Jahr in Deutschland insgesamt.

Wichtige Teile der bürgerlichen Parteien würde die Erbschaftssteuern gerne halbieren oder ganz abschaffen !

Dies ist auch deswegen interessant, weil z.B. der katholische Sozialwissenschaftler Friedhelm Hengsbach erst jüngst „Erbschaften als undemokratisch“ bezeichnet hat. Seine Gründe dabei:

- „Vermögen ist immer auch durch Gesellschaft entstanden !“
- „Leistungsloses Einkommen besitzt bei Erben nicht immer positive Wirkung.“

Wir wissen aus vielen Studien, dass eine zu starke Konzentration von Vermögen gesellschaftliche Entwicklung und Dynamik eher behindert, weil

- die oben nichts mehr tun müssen und
- die unten keine Chancen haben !

Aber man muss realistisch sein, die aktuellen Diskussionen in Berlin zeigen, es gibt möglicherweise eine Akzeptanz für eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und einige Korrekturen bei der Erbschaftssteuer (ausgelöst durch ein jüngeres Urteil des Bundesverfassungsgerichtes), gleichzeitig aber dann auch Steuererleichterungen durch die Abschaffung der sog. „kalten Progression“. Dieser Punkt wird dem Gesamtstaat eine Steuereinnahmемinderung von 2,4 Mrd. € und den Kommunen davon 600 Mio. € Mindereinnahmen bringen. Das heißt: Läuft es gut aus Sicht der Kommunen, wird das ein Nullsummenspiel !

### **Und was ist mit der dritten Alternative, der privaten Finanzierung über Stiftungen und Spenden ?**

Wir haben einerseits eine tolle Stiftungslandschaft in Deutschland. Einige Zahlen dazu: es gibt aktuell ca. 19.000 Stiftungen bürgerlichen Rechts plus 781 kommunale Treuhandstiftungen. Damit haben wir ca. 20.000 Stiftungen mit geschätzt 100 Mrd. € Stiftungskapital !

Allein in Bayern haben wir 3.600 Stiftungen bürgerlichen Rechts, davon in Mittelfranken 459 Stiftungen und in Nürnberg 177 Stiftungen. Wir schütten in Nürnberg jedes Jahr ca. 4 Mio. € aus unseren 44 Kommunalstiftungen aus, davon ca. 70 % für soziale Zwecke und ca. 10 % für Bildungsausgaben.

Wir haben es in Deutschland jedes Jahr geschätzt mit 3 - 4 Mrd. € an Spenden für wohltätige Zwecke zu tun !

Wir haben großartige Einzelstifter und Spender wie Herrn Gierse, Herrn Bouhon und Frau Dr. Birkner hier in der Region !

Das ist alles großartig, wir sind sehr dankbar, weil damit ganz viel passiert, was sonst nicht finanzierbar wäre, aber es ist gemessen an den 260 Mrd. € vererbten Privatvermögen pro Jahr und den 10 Bill. € Gesamtvermögen steigerbar. Herr Brochier hat es mit seinem Plan B mal ausgerechnet. Gabe jeder 5 Promille pro Jahr, bekämen wir 30 Mrd. € zusammen.

Für Nürnberg haben wir mal ausgerechnet, dass wir, wenn wir 1 % des geschätzten, in Nürnberg vererbten Vermögens als Spenden oder Stiftungen bekommen würden, dann hätten wir in 10 Jahren 300 Mill. € zusammen. Bei 4 % Verzinsung pro Jahr wären das immerhin 12 Mio. €, die wir pro Jahr für gute Zwecke einsetzen könnten.

Aber warum geht das nicht so einfach bei uns hier ?

:

- Es gibt tiefssitzende Einstellungen wie die, „für all dies hat der Staat zu sorgen, dem man sowieso schon genug Steuern zahlt – wenn die dort Verantwortlichen nicht so viel verschwenden würden, dann könnten sie es besser einsetzen“. Da geht es um das Gefühl der vermuteten Ineffizienz im staatlichen Handeln, d.h. man will der Organisation, der man richtiges, wirtschaftliches Handeln sowieso nicht zutraut, nicht noch mehr Geld zur Verfügung stellen.
- Und es gibt viel Unwissen über die Möglichkeiten von Stiftungen und über die Wirkungen von Stiftungen – da arbeiten wir mit der Stifterinitiative dran, dass es mehr werden, die wissen, wie man es macht und was man alles bewirken kann !
- Es existiert oft Unsicherheit, ob das wirklich angepackt werden soll und ob das nicht zu viel Verantwortung ist. Nicht jeder kann und will sich das antun, eine eigene Stiftung zu gründen und zu verwalten. Oder es fehlt das Vertrauen in jemand, der einem das gut organisiert. Auch da wollen wir mit der Stifterinitiative erreichen, dass wir für jeden das passgenaue Angebot bieten können.

Interessant in diesem Zusammenhang ist die Aussage zweier Artikel bzw. Kommentare zum Thema Stiften in der Süddeutschen Zeitung dieses Jahres. Der eine ist erst kürzlich am 19.8.13 auf Seite 3 erschienen, der andere als Kommentar im Wirtschaftsteil am 22.02.2013:

Der erstere preist die amerikanische Kultur der Philanthropie. Der, der es geschafft hat, gibt der Gesellschaft etwas zurück: der eigenen Universität, der eigenen Stadt, der eigenen Kirche und für soziale Zwecke.

Als Gründe werden dabei genannt: einerseits gewachsene Kulturen der privaten Finanzierung/Selbstverantwortung, andererseits ganz banal Steuervorteile und drittens der schwache Sozialstaat, der privates Tun herausfordert. In USA werden jährlich 300 Mrd. Dollar gespendet (1,67 % des BIP). In Deutschland 0,22 % des BIP, d.h. relativ gesehen mehr als siebenmal so viel wie in Deutschland

Die andere Seite dieses Phänomens wird in derselben Zeitung im Kommentar vom 22.02.2013 beschrieben:

Der als „philanthropic capitalism“ beschriebene Umstand, dass Bildungs- und Sozialsysteme zunehmend von Milliardären wie Gates und Buffet finanziert werden, die ihr Geld vorher als knallharte Arbeitgeber, Anleger und Monopolisten verdient haben, um sich dann danach sozusagen moralisch frei zu kaufen durch Milliarden Spenden.

Außerdem wird stark kritisiert die „undemokratische Macht“, die allein entscheidet, wohin das Geld fließt. Die Geförderten müssen dankbar sein, sie haben keinen Rechtsanspruch, sind keine Teilhaber, sondern Almosenempfänger. Am Schluss des Kommentars wird radikal für die Besteuerung solcher Vermögen plädiert, weil sie dann gerecht verteilt und als öffentliche Leistungen unter demokratischer Kontrolle erbracht werden können. Damit verbunden ist dann ein entschiedenes Plädoyer für eine hohe Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer !

Aber keine Sorge, das wird keine Realität und ist vielleicht auch gar keine so gute Lösung !

Mein Bestreben heute war, einen Grund- und Zielkonflikt aufzuzeigen, in dem wir alle zusammen als Gesellschaft, aber eben auch als Stadt, als Staat, und als Stifterinitiative sowie als private Stifter täglich stehen und der noch auf seine Lösung wartet oder zumindest auf kleine Lösungsschritte, die wir vielleicht heute gemeinsam mit Ihnen finden werden !

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und ich freue mich auf die Diskussion !

Nürnberg, 27.09.2013